

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII, 18a

Bonn, den 27. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
2	"Das neue Miet- und Wohnrecht" Bemerkungen zu einer Broschüre des Bundeswohnungsbeaminteters Von Margarethe Berger Heise, MdB	82
3	Auf das WIE kommt es an "Affären" im politischen Raum	44
4	33 von 88 Die meisten Minister in den Bundesländern stellt die SPD	49
6	Israel und die EWG Die Bundesrepublik vor einer grossen Aufgabe Von Ludwig Meizger, MdB	70

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Das neue Miet- und Wohnrecht"

Bemerkungen zu einer Broschüre des Bundeswohnungsbauministers  
Von Margarethe Berger-Heise, MdB

An Millionen Haushalte in den sogenannten "weißen Kreisen" schiebt der Bundeswohnungsbauminister in diesen Wochen einen Brief über "Das neue Miet- und Wohnrecht". Darin empfiehlt er den von Mietsteigerungen noch unbekanntem Ausmaßes und von Kündigung ihrer Wohnung bedrohten Mietern sowie den Vermietern "Partnerschaft". Pathetisch schaut er in die Zukunft und sieht darin weder "die Abhängigkeit der Besitzlosen von den Besitzenden" noch "ein Klassendenken auf dem Wohnungsmarkt".

Von harter Realität sind dagegen die Gesetze, die nach seinen Vorlagen von seiner Fraktion gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen wurden. Durch sie wird dem Mieter der Bestandsschutz genommen, dem Vermieter ein fast unbeschränktes Kündigungsrecht gegeben.

- \* Die Behauptung des Ministers in dieser Broschüre, durch das
- \* gesetzlich festgelegte Widerspruchsrecht des Mieters seien
- \* Willkür und Härten ausgeschlossen, trifft nicht zu, denn
- \* nur einmal kann ihm der Richter in Ausnahmefällen zu einer
- \* zeitlich begrenzten Fortsetzung des Mietverhältnisses ver-
- \* helfen. Gegen eine danach ausgesprochene unbegründete Kün-
- \* digung kann auch er keine Familie vor dem Verlust der Woh-
- \* nung bewahren.

Lücke hält den Angriff für die beste Verteidigung und macht in schäuer Verdrehung der Tatsachen den Mieter für die vorzeitige Aufhebung der Mieterschutzbestimmung und der Preisbindung verantwortlichen. "Die Unterlagen stammen von Inner!" schreibt er und weiß doch sehr genau, daß kein befragter Bürger Einfluß auf die Art der statistischen Erhebungen und schon gar nicht auf ihre Verwertung hat, sonst würden bestimmt nicht die etwa 960 000 abbruchreifen Stummwohnungen, die Lücke selbst vor kurzem als zum Bewohnen ungeeignet bezeichnete, in der Statistik als "Normalwohnungen" geführt werden. Es handelt sich dabei nicht etwa um die Notquartiere, um Baracken und Nissenhütten, sondern um die gesundheitswidrigen Behausungen, deren Um- und Ausbau nicht mehr lohnt, die aber rechnerisch dazu dienen, die Wohnungsschutzgesetze in den "weißen Kreisen" vorzeitig abzubauen.

- \* Im zuständigen Ausschuß des Bundestages hat die SPD-Abgeordnete
- \* wiederholt - auch in Anwesenheit des Ministers - verlangt,
- \* daß diese Bruchstücken nicht als Normalwohnungen gezählt werden
- \* dürfen.
- \* Ihre Anträge, vor der Aufhebung der Schutzgesetze einen Ausgleich
- \* zwischen vorhandenen Wohnparteien und Wohnungen zu

- \* schaffen, wurden sowohl 1960 wie 1963 von den Regierungs-
- \* parteien im Bundestag abgelehnt. Der Deutsche
- \* Gewerkschaftsbund hatte sogar eine Wohnungsreserve von
- \* drei Prozent gefordert, damit auch wirklich ein Spielraum
- \* zum Suchen und Finden einer für eine Familie passende
- \* Wohnung vorhanden sei.

Deshalb traut man seinen Augen nicht, wenn man jetzt in Lückes Brief liest, es habe ihm bis heute niemand eine bessere Methode der Defizitberechnung vorgeschlagen. Es ist kaum anzunehmen, daß es sich hier um Gedächtnislücken handelt.

Dem Beispiel im Anhang der Broschüre wird der Mieter einer Altbauwohnung selbst entnehmen können, daß er in Zukunft nicht die hier tragbar genannte Miete, in diesem Fall 17 Prozent des bereinigten Einkommens von 595.-- DM, sondern tatsächlich 22,5 Prozent zu zahlen hat.

Man kann wohl annehmen, hier ist ein für den Mieter noch günstiges Beispiel aufgebaut worden, leider vermißt man eines aus dem Sektor des frei finanzierten Wohnungsbaus. Das sind die Mieten, an denen sich die anderen Gruppen orientieren, zumal die Bundesregierung die Förderung des sozialen Wohnungsbaus nicht mehr ernst nimmt.

Darauf zielt auch wohl Lückes Bemerkung in dem Brief, der Staat habe früher das Haus, also die Bausteine, finanziert und zähle jetzt Mietbeihilfen.

- \* Dem Druck der Interessenten, Industrie und des Bankgewer-
- \* besnachgebend, sind nicht nur die Bundesmittel laufend
- \* vermindert und bei den Etatberatungen jeweils gekürzt wor-
- \* den, sondern auf Antrag der Regierungsparteien stehen den
- \* Ländern heute noch nicht die Gelder für das Jahr 1963 zur
- \* Verfügung. Um zwölf Prozent gingen im ersten Halbjahr 1963
- \* die Bewilligungen im gesamten Wohnungsbau gegenüber dem
- \* gleichen Zeitraum des Vorjahres zurück; die Bewilligungen
- \* im sozialen Wohnungsbau aber allein um 25 Prozent !

Die schwungvolle Lücke'sche Passage, es würde weitergebaut, bis auch die letzte Familie, der letzte Alleinstehende, eine Wohnung habe, muß vor diesem Hintergrund gewertet werden.

Vorsorglich bauen die Gemeinden mit ihrem eigenen Geld und der Länderhilfe Unterkünfte für Obdachlose. Nach dem Gesetz sind sie verpflichtet, die Opfer des neuen Miet- und Wohnrechts, die nach Kündigung und Räumungsurteil von ihrer Gemeinde Hilfe erwarten, unterzubringen.

### Auf das WIE kommt es an

#### "Affären" im politischen Raum

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer hätte im letzten Jahr seiner Amtszeit etwas Besseres verdient, als die von ihm geführte Regierung von Monat zu Monat in einen anderen Skandal hineintaumeln zu sehen. Es begann mit der "Spiegel"-Affäre, ging über den Rücktritt zunächst der FDP-Minister und dann des ganzen Kabinetts, über die Verabschiedung des früheren Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß mit "Großem Zapfenstreich" etwas außerhalb der Legalität bis hin zur Abhör-Affäre des Bundesverfassungsschutzes. Was dazwischen alles liegt, wagt der bundesrepublikanische Chronist kaum zu re gistrieren, da er sich der Gefahr aussetzt, irgendeinen "Fall" zu vergessen.

Das Bekanntwerden aller dieser hier nur skizzenhaft angedeu- teten Vorgänge ist nicht tragisch, höchstens schmerzlich. Tragisch wäre es, wenn die Skandale und Affären n i c h t bekannt ge worden wären, weil man dann mit Recht sagen könnte, Presse und Par- laament seien nicht wachsam, die Demokratie funktioniere nicht.

Und doch bleibt es peinlich anzusehen, w i e die gegen- wärtige Bundesregierung ihre Affären aus der Welt zu schaffen ver- sucht. Jedesmal, wenn irgendetwas bekannt wurde, hat man von höchster Stelle zunächst so getan, als wisse man von nichts oder als sei alles halb so schlimm. Oder man hat umgekehrt ein gewal- tiges Getöse angefangen, (Konrad Adenauer: "Wir stehen an einem Abgrund von Landesverrat.") um ein Jahr lang kleine Brötchen zu backen. Der "Spiegel"-Prozeß hat immer noch nicht begonnen.

Als DIE ZEIT vor nunmehr fast vier Wochen auf die Zustände im Bundesverfassungsschutzamt hinwies, gab es zunächst Penitenz. Dann wurden Untersuchungen in Aussicht gestellt und jetzt wird mit Klagen gedroht - aber die Wochenzeitung, die bisher unwider- sprochen die ursprünglichen Behauptungen aufgestellt hatte, ist noch n i e h t verklagt worden.

Politisch sieht es nicht viel anders aus. In Ermangelung eigener Ideen beschimpft man konterge Männer, die sich Gedanken über die Möglichkeiten der Belebung einer zielklaren Deutschland politik machen, - und diese Gedanken auch öffentlich aus- sprechen - stellt Mißtrauensanträge gegen sie und tut so, als hätten sie das größte Verbrechen aller Zeiten begangen.

Ein unstrittiges Mietengesetz, von dem die Sozialdemokraten immer behauptet haben, es mache den Mieter zum Freiwild, bleibt zwar bestehen, aber die Kritiker werden öffentlich verhöhrt, ir- gendwelcher finsterner Klassenkampfgedanken bezichtigt, während der Initiator des Gesetzes, Bundeswohnungsbauminister Lücke, drohend erklärt, man solle Mietwucherer an den Pranger stellen. Mit Verlaub: ein Gesetz, das den Mietwucher unmöglich macht, wäre besser gewesen; kein Bundesminister hätte notwendig gehabt, mittelalterliche Forderungen aufzustellen.

Die Liste der Querschüsse, Ablenkungsmanöver und Unterlassungs- sünden könnte beliebig verlängert werden. Für heute möge es bei den kurzen Einweisen bleiben, denn während der kommenden Etatberatun- gen wird sich einiges nachholen lassen. Im Augenblick sei nur daran erinnert, daß sich eine Regierung dem Volke so darstellt, wie sie regiert. Und zum Regieren gehört auch die Fähigkeit, be- gangene Fehler anständig wieder gut zu machen.

### 33 von 88

Die meisten Minister in den Bundesländern stellt die SPD

HB - In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit neben den elf Chefs der Landesregierungen 88 Länderminister, die in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg die Amtsbezeichnung Senatoren führen. Mit 33 von 88 Ressortministern stellen die Sozialdemokraten die meisten Vertreter in den Landesregierungen. Aus einer Übersicht, die das Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder kürzlich veröffentlicht hat, geht hervor, daß die CDU/CSU sechs Ministerpräsidenten stellt, während von der Sozialdemokratie fünf Kabinettschefs gestellt werden.

Von den 88 Ministern und Senatoren in den elf Bundesländern stellt die SPD 33, die CDU/CSU 30, die FDP 24 und ein einziger Minister - der hessische Landwirtschaftsminister Dr. Gustav Hacker - gehört der Gesamtdeutschen Partei/DDE an. Sozialdemokraten und Freie Demokraten stellen demnach rund 57 Prozent der Kabinettsmitglieder in den deutschen Bundesländern.

Das Bundesratsministerium hat auch aufgegliedert, wie die wichtigsten Ressorts von den politischen Parteien besetzt werden. SPD und CDU/CSU stellen in je fünf Landesregierungen den Innenminister in fünf Ländern, stellen die beiden großen Parteien auch den Arbeits- und Sozialminister sowie je zwei Finanzminister. Ein Schwerpunkt der CDU/CSU-Positionen zeigt sich bei dem landespolitisch besonders einflußreichen Amt des Kultusministers; in sechs Ländern befindet sich dieses Ressort bei der CDU/CSU, in drei Ländern bei der SPD und in zwei Ländern bei der FDP.

Der einzige Landwirtschaftsminister, den die SPD stellt, es ist Alfred Kubel - amtiert in Niedersachsen, während die CDU/CSU sechs Landwirtschaftsressorts besetzt hält. Ein weiterer Landwirtschaftsminister kommt auf die Gesamtdeutsche Partei; die Stadtstaaten besitzen kein selbständiges Landwirtschaftsressort.

Von den Sozialdemokraten werden in den Ländern auch drei Wirtschafts- und Verkehrsminister gestellt, während CDU/CSU sowie die FDP in jeweils vier Ländern dieses Ressort besetzen. Die Bereiche der Freien Demokraten liegt in den Ländern - genau wie innerhalb der derzeitigen Bundesregierung - in den Ressorts Justiz und Finanzen. Von den elf Finanzministerien der Bundesländer liegen zur Zeit sieben bei der FDP, ebenso einflußreich sind die Freien Demokraten in den Justizverwaltungen der Länder. SPD und CDU stellen jeweils zwei Länderfinanzminister. Das Justizressort wird in drei Ländern von der CDU/CSU verwaltet, die SPD stellt lediglich den Justizminister in Hessen.

In den Landtagen der elf Bundesländer stellt die SPD auch die meisten Abgeordneten: Von den 1 348 Landtagsmandaten entfallen zur Zeit, also unmittelbar vor den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft, 647 auf die SPD, 544 auf die CDU/CSU und 122 auf die FDP. Die Gesamtdeutsche Partei stellt noch 18, die Bayernpartei und die Sauerländische Volkspartei noch je sechs Mandate. Im Landtag des Saarlandes sind außerdem noch zwei Vertreter der "Deutschen Demokratischen Union", in Schleswig-Holstein noch ein Vertreter der dänischen Minderheit (SKSschleswigscher Wählerverband) vertreten.

## Israel und die EWG

Von Ludwig Metzger, MdB

Die Verhandlungen über ein engeres wirtschaftliches Verhältnis zwischen der EWG und Israel befinden sich in einem schwieriger Stadium. Sie können nur mit gutem Willen und bei richtiger Erkenntnis der Besonderheiten des Falles zu einem befriedigenden Ende geführt werden.

Israel gehört geografisch zu Asien; geistig und kulturell ist es europäisch. Sein Staat und seine Wirtschaft sind von Juden geformt und gestaltet, die von Europa kommen. Sie haben in Israel ein Selbstbewußtsein gewonnen, das sie zu den größten Leistungen befähigt. Sie haben etwas Eigenes und Eigenständiges geschaffen. Sie wissen aber auch, wie stark sie an das alte Europa gebunden sind. In jedem Gespräch wird das spürbar; vielleicht am meisten bei denen, die nach unendlich viel Leid und unbeschreiblichen Drangsalen ihre neue Heimat gefunden haben.

### Gewaltige wirtschaftliche Anstrengungen

Das Schicksal Israels und seines Volkes ist in jeder Beziehung aussergewöhnlich. Darüber ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Uns soll hier die Frage beschäftigen, welche Konsequenzen sich für die EWG ergeben.

Israel hat seinen Güterexport innerhalb von zehn Jahren bis 1962 von 46,8 Millionen auf 245,3 Millionen Dollar gesteigert. Diese nackten Zahlen sind ein Zeichen für die erstaunliche Entwicklung des Landes und den Lebenswillen seiner Bewohner. Trotzdem decken die Ausfuhren bis jetzt nur etwa 53 Prozent der Einfuhren. Israel kann noch nicht allein aus eigener Kraft existieren, so bewundernswert seine Anstrengungen sein mögen. Es muß nicht nur alles tun, um die Höhe seiner Ausfuhren zu halten, sondern es muß sie unter allen Umständen erheblich steigern. 59,3 Prozent der israelischen Warenausfuhren gehen nach Europa, 30 Prozent nach den Ländern der EWG, Griechenland und der Türkei. Israel rechnet damit, daß bis 1966 in die Länder der Gemeinschaft, insbesondere in die europäischen Staaten, mit denen Israel in Verhandlungen steht, etwa 75 Prozent des bis dahin noch wesentlich erhöhten Exports gehen wird, vor ausgesetzt natürlich, daß durch die Politik der EWG keine entscheidende Behinderung eintritt.

### Gemeinsamer Markt - Lebensfrage für Israel

Es ist offensichtlich, daß es für Israel eine Lebensfrage ist, ob es vom Gemeinsamen Markt mehr oder weniger ausgeschlossen sein wird oder ob Vereinbarungen getroffen werden können, die ihm zu helfen geeignet sind. Der Gemeinsame Zolltarif der EWG wird für Exporte

aus Israel im Durchschnitt 15 Prozent betragen. Die israelische Industrie verarbeitet zum großen Teil Rohmaterialien, die sie vom Ausland, nicht zuletzt aus Europa, einführt. Wenn in den verarbeiteten Ausfuhrsgütern Israels z.B. Rohmaterialien im Wert von 50 Prozent stecken, zahlt es auf seine Einnahmen aus Verarbeitung in Wirklichkeit den doppelten Zollsatz. Auf die Ausfuhr solcher aus eingeführten Rohmaterialien verarbeiteten Waren ist Israel mehr als irgendein anderes Land angewiesen. Das ist nur ein Beispiel für seine besonders schwierige Lage.

#### Kontakte zu arabischen Staaten ?

Auf der anderen Seite kann nicht bestritten werden, daß keiner der näheren oder weiteren Nachbarn Israels - einschließlich der europäischen Entwicklungsländer und -gebiete - so wirkungsvoll mit den ihm anvertrauten Mitteln gearbeitet hat wie Israel. Wer das Land nicht nur flüchtig gesehen, sondern wer sich die Mühe gemacht hat, es in seiner Vielgestaltigkeit zu studieren, der kann nur die Geschicklichkeit, die Intelligenz und den Fleiß bewundern, mit dem es von den Juden umgewandelt worden ist und umgewandelt wird. Wenn die Spannungen zwischen den arabischen Staaten und Israel überwunden werden könnten, hätten die Nachbarn Israels die Möglichkeit von seinem Beispiel erheblich zu profitieren. Viele afrikanische Länder tun es heute schon. In Israel ist das Bewußtsein stark, daß der neue Staat nicht nur die Funktion hat, sich zu behaupten, sondern daß er auch innerhalb der Völkergemeinschaft - auch gegenüber seinen Nachbarn - einen beachtlichen Dienst leisten kann. Im israelischen Außenministerium hat man erklärt, man sei daran interessiert, daß es den arabischen Staaten gut gehe. Das sei eine Voraussetzung dafür, daß man eines Tages zu einer Verständigung komme.

\* \* \*

Es ist zu begrüßen, daß die EWG den Ländern ihre Hilfe gewährt, die ihrer bedürfen und sie in eine enge Verbindung zu sich bringt ohne dabei nur an den eigenen Vorteil zu denken. Israel darf nicht weniger uneigennützig behandelt werden. Es wäre für die Mitglieder der EWG ein schlechtes Zeichen, wenn eine für Israel hilfreiche Vereinbarung daran scheiterte, daß jeder in kleinlich rechenhafter Weise nur an seine eigenen Interessen denkt. Wir Deutsche haben besondere Veranlassung, großzügig zu sein. Man darf erwarten, daß unsere Regierung ihre Verpflichtung erkennt und in Rat der EWG für Israel eintritt.

Wenn der politische Wille besteht, ist es möglich, mit Israel ein Handelsabkommen abzuschließen. Ließe Europa Israel in Stich, wäre das ein moralisches Versagen und ein schwerer politischer Fehler.

+ + -